

KURZ NOTIERT

von Monika Schlicher

■ Schwierige Regierungsbildung

Am 22. Juli 2017 fanden in Osttimor freie und faire Parlamentswahlen statt. Das Ergebnis bestätigte die Regierung der Nationalen Einheit. Doch während Fretilin ihr Ergebnis der vorherigen Wahl mit 29,7 Prozent (23 Sitze des 65-köpfigen Parlaments) halten konnte, kam der bislang dominante Koalitionspartner *Congresso Nacional da Reconstrução Timorese* (CNRT) nur auf 29,5 Prozent (22 Sitze) und brach um sieben Prozent ein. Acht Sitze errang die neue Partei *Partidu Libertasaun Popular* (PLP), die vom früheren Präsidenten Taur Matan Ruak angeführt wird. *Kmanek Haburas Unidade Nasional*

Timor Oan (KHUNTO), eine Partei, die vor allem auf desillusionierte junge WählerInnen zielt, zog erstmals mit fünf Sitzen ins Parlament ein. Die *Partido Democrático* (PD) kam auf sieben Sitze.

Auf dem Kongress des CNRT trat Parteichef Xanana Gusmão auf Grund des Wahlergebnisses überraschend zurück. Er sieht die Partei künftig in der Opposition. Damit hat er die von ihm geschaffene große Koalition aufgekündigt.

Weil die KHUNTO in letzter Minute aus der Regierungskoalition mit Fretilin und PD ausscherte, wird Timor-Leste nun von einer Minderheitskoali-

tion (30 von 65 Sitzen) regiert. Obgleich die Oppositionsparteien zunächst verlauten ließen, die Stabilität nicht gefährden zu wollen, haben sich die Parteien unter Führung von Gusmão zu einer »Opposition Alliance with a Parliamentary Majority (AOMP)« zusammengeschlossen. Sie präsentieren sich als Alternative zur Regierung. Die Verfassung gibt bei einer zweimaligen Zurückweisung des Regierungsprogramms im Parlament Spielraum für Interpretation: Entweder es kommt zu Neuwahlen oder der Präsident beauftragt die zweitstärkste Partei mit der Regierungsbildung.

La'ó Hamutuk, 25.10.2017

■ Entwicklung und Förderung der Menschenrechte weiter stärken!

Rund 30 Menschenrechtsorganisationen haben sich mit einem offenen Brief an die neue Regierung gewandt. Sie identifizieren anhaltende Herausforderungen und unterbreiten Vorschläge zur Förderung der Menschenrechte: Die vorherige Regierung habe große Anstrengungen unternommen, um Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen, doch die Einrichtung eines Nationalen Rates sowie die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stehe noch aus. Die Organisationen schätzen sehr, dass der Gleichstellung der Geschlechter Priorität eingeräumt wird. Neben der Umsetzung des Nationalen

Aktionsplans zu geschlechtsspezifischer Gewalt fordern sie die Regierung auf, erhebliche Mittel für eine Bewusstseinskampagne aufzubringen.

Keinen Fortschritt gibt es bei der juristischen Verfolgung von schweren Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit. Die Verfahren sind mit der Ausweisung des internationalen Justizpersonals eingestellt worden. Es wird empfohlen, einen Gesetzentwurf zur Änderung der UNTAET-Verordnung 2000/15, die zwei internationale Richter in einem Gremium vorschreibt, auszuarbeiten, oder entsprechend internationale Richter nach Osttimor zu bringen. Hinzu komme, dass viele Menschen, deren Angehörige

Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens wurden, weiterhin psychisch leiden. An die Regierung ergeht die Forderung, die 2008 von Osttimor und Indonesien angenommenen Empfehlungen der Wahrheits- und Freundschaftskommission umzusetzen und eine bilaterale Kommission einzusetzen, um nach den Verschwundenen zu suchen.

Neben weiteren Empfehlungen zur Justiz und zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten schlagen die Organisationen der Regierung vor, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch Konsultationen zu institutionalisieren.

JSMP, Association HAK, ACBIT, La'ó Hamutuk, Belun, Fundasaun Mahein, AJAR, u.a., 28.9.2017

■ Einigung im Streit um die maritime Grenzziehung

Vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag haben Osttimor und Australien um die Frage der maritimen Grenzziehung und damit um die Rechte der Öl- und Gasvorkommen

in der Timorsee gerungen. Eine grundsätzliche Einigung wurde am 30. August, dem Jahrestag des Unabhängigkeitsreferendums von 1999, erzielt. Eine Unterzeichnung und Veröffentlichung

des Vertrages wird Anfang 2018 erwartet.

*Permanent Court of Arbitration, Press Release, 15.10.2017
junge Welt, 27.10.2017*